ALBANI AKTUELL

Im Rahmen meiner Sommertour 2018 besuche ich auch unsere CDU-Gemeindeverbände im Ammerland und die Stadtbezirke in Oldenburg. Der Austausch mit den Mitgliedern ist mir äußerst wichtig, natürlich bei guter Stimmung, wie hier in Kayhausen mit dem 1. Vorsitzenden der CDU Bad Zwischenahn, Stefan Pfeiffer, meinem Landtagskollegen Jens Nacke und Staatssekretär a.D. Thomas Kossendey.

AUSGABE SOMMER '18

SEITE 2
Fördermittel für die Kreisvolkshochschule

380-kV-Leitung bis Conneforde gelegt

SEITE 3
Gigabitausbau im Ammerland

Gastfamilien gesucht

SEITE 4
Wege zum neuen Stadtmuseum

SEITE 5
Berufliche Bildung: Chancen für den Nachwuchs

SEITE 6
Position: Mehr Geld für die Parteien? Wozu?

Liebe Leserinnen und Leser,

aktuell befinden sich der Deutsche Bundestag und seine Mitglieder in der sogenannten "Parlamentarischen Sommerpause". Häufig wird dies als kollektiver Betriebsurlaub missverstanden. Tatsächlich verschafft die Sitzungspause uns Abgeordneten und unseren Teams den nötigen Freiraum, um die folgenden Monate vorzubereiten, Altes aufzuarbeiten und im Wahlkreis unterwegs zu sein.

Wie in den Jahren zuvor besuche ich bei meiner Sommertour Vereine, Institutionen und Unternehmen im Ammerland und Oldenburg. Ich würde mich sehr freuen, auch mit Ihnen ins Gespräch zu kommen: Berichte über meine Sommertour finden Sie nach und nach unter www.stephan-albani.de und auf Facebook.

Und wie Sie sehen, haben wir die Sommerpause bereits genutzt, um ALBANI AKTUELL ein neues Gewand zu verpassen. Ab sofort erscheint der Newsletter einmal pro Quartal. Auch meine Besuchsreihe ALBANI IN AKTION geht in die nächste Runde. Und ab dem Herbst startet ein gänzlich neues Format: ALBANI IM GESPRÄCH.

In diesem Sinne wünsche ich Ihnen eine schöne Sommerzeit!

ALBANI AKTUELL ist der Newsletter Ihres Bundestagsabgeordneten für den Wahlkreis Oldenburg/Ammerland: Stephan Albani (CDU). Redaktion dieser Ausgabe: Alexander Mundt und Andreas van Hooven. V.i.S.d.P.: Stephan Albani, Platz der Republik 1, 11011 Berlin.

AMMERLAND

NEUE FÖRDERUNG VOM BUND FÜR KREISVOLKSHOCHSCHULE

Mit weiteren Fördermitteln aus Berlin ausgestattet, ist die Kreisvolkshochschule auch in Zukunft gut aufgestellt bei der Qualifizierung neu zugewanderter Einwohnerinnen und Einwohner.

Meine Einschätzung dazu: Ein solides Sprachverständnis in Verbindung mit einer praktischen Heranführung an den Arbeitsmarkt ist die allerwichtigste Grundlage, um aktiv in Beruf und Gesellschaft mitwirken zu können. Dass die Kreisvolkshochschule Ammerland ihr Koordinierungs- und Beratungsangebot "Abakus" nun durch weitere Fördermittel aus dem Bundesbildungsministerium mit voller Kraft fortsetzen kann, ist wichtig für die erfolgreiche Integration von neu zugewanderten Menschen. Ich werde mich in Berlin auch in Zukunft für so gute und wichtige Projekte stark machen.

Winfried Krüger, Geschäftsführer der Kreisvolkshochschule, zu dem Erfolg: „Wir können unsere Funktion als Koordinator für die vielfältigen Bildungsangebote insbeson-dere für junge und ältere Erwachsene unter den Zugewanderten durch die Förderung aus Berlin verstetigen und ausweiten. Das schafft Planungssicherheit und stärkt das aufgebaute Netzwerk aus Initiativen, Sozialpartnern, Vereinen und Verbänden, durch deren Zusammenwirken eine gute Förderung im Sinne von Bildungsketten in der Fläche überhaupt erst möglich wird."

"Abakus" (Ammerländer Bildungsakteure aktivieren, koordinieren und stärken) startete am 1. Juni 2016. Die erste Förderperiode läuft am 30. Juni aus. Bis zum Sommer 2020 stehen nun weitere bis zu 143.000 Euro aus Berlin bereit. Insgesamt erhält die Kreisvolkshochschule damit rund 277.000 Euro für die Koordinierung der Bildungsangebote für Neuzugewanderte.

380-Kilovolt-Leitung bis Conneforde genehmigt

Gutes Signal für die Energiewende: Die vom deutsch-niederländischen Unternehmen TenneT geplante 380kV-Leitung für den Ökostrom von der Küste Richtung Süden kann bis Conneforde gebaut werden. Das genehmigte kürzlich das Land Niedersachsen.

Die weitere Planung (Raumordnungsverfahren) betrifft dann größere Bereiche des Ammerlandes. Viele Beteiligte haben sich dafür ausgesprochen, die neue Trasse entlang der alten 220-kV-Leitung zu führen und jene dann abzubauen.

Im Bereich von Engstellen ist es wichtig, die Abstände zu Wohngebäuden einzuhalten und dennoch anhand erfasster Daten den Artenschutz im Trassengebiet zu gewährleisten. Zu Bedenken sind beim Bau entlang der alten 220-kV-Leitung auch die Auswirkungen auf ansässige Baumschulen. Diese Betriebe haben besondere infrastrukturelle Anforderungen. Hiervon konnte ich mich im vergangenen Sommer bei Vor-Ort-Terminen zusammen mit Landtagskollege Jens Nacke persönlich überzeugen. Die CDU wird sich dafür weiter einsetzen.

ARBEITSMARKT AKTUELL

Mit einer Quote von 3,7 % hat das Ammerland deutlich weniger Arbeitslose als der Bundesdurchschnitt (5,1; Juli). Gegenüber dem Vorjahresmonat ist das ein Rückgang um 0,5 Prozentpunkte. Damit zählt der hiesige Arbeitsmarkt zu den stärksten in Deutschland.

AMMERLAND

GIGABITAUSBAU IM LÄNDLICHEN RAUM WIRD FORCIERT

Kommunen ohne Breitbandanbindung können ab sofort auf deutlich einfacherem Wege Fördermittel für die Anbindung ans Glasfasernetz beantragen. Mehrere bürokratische Hürden werden zum 1. August für Gemeinden, die lediglich über Kupferanbindungen verfügen, abgeschafft. Ab dann ist zum Beispiel kein Wirtschaftlichkeitsvergleich mehr notwendig, auch kein detaillierter Finanzplan, um Fördermittel für Projekte beim Bund zu beantragen. Die anschließende Bewertung jedes Antrages anhand eines umfassenden Kriterienkatalogs entfällt.

Bis Ende des Jahres können Kommunen Gelder für die Umstellung auf Glasfaseranbindung beantragen. Der Förderhöchstbetrag des Bundes wird auf 30 Millionen Euro erhöht, so das zuständige BMVI. Die Übernahme des kommunalen Eigenanteils von zehn Prozent durch die Länder wird künftig nicht nur für Kommunen im Haushaltssicherungsverfahren möglich sein, sondern auch für finanzschwache Kreise, Städte und Gemeinden. Alle noch nicht im Verfahren befindlichen Kommunen haben die Möglichkeit einen Antrag zu stellen. Dafür gibt es in der Antragsdatenbank eine sogenannte Weiße-Flecken-Karte für das Markterkundungsverfahren. Ab August können Anträge online unter breitbandausschreibungen.de gestellt werden.

Mit der neuen Förderrichtlinie schafft der Bund die Rahmenbedingungen für den Gigabitausbau im ländlichen Raum und gibt insbesondere kleinen bis mittleren Gemeinden bessere Chancen als bislang für den dringend notwendigen Technologiesprung ins 21. Jahrhundert.

Weitere Informationen sowie die neue Förderrichtlinie stehen ab August unter www.bmvi.de bereit.

BÜRGERSPRECHSTUNDE IM AMMERLAND

Meine nächste Bürgersprechstunde im Wahlkreisbüro für das Ammerland findet am Vormittag des 30. Oktober in Bad Zwischenahn, Am Langenhof 2, statt. Anmeldungen richten Sie bitte per E-Mail an info@stephan-albani.de oder telefonisch an die 04403-816970.

ZUZUG UNGEBREMST

Bis 2030 wird das Ammerland über fünf Prozent mehr Einwohner haben (2012: 120.000). Damit entwickelt sich die Region positiv gegen den Landestrend. Von uns Politikern fordert das: mehr Investitionen für Bildung, Gesundheit, Familie und wirtschaftliche Infrastruktur auf die Beine zu stellen.

GASTFAMILIEN GESUCHT!

Für den kommenden Winter suchen südamerikanische Schülerinnen und Schüler zwischen 14 und 18 Jahren noch Gastfamilien. Die Jugendlichen kommen über den "Verein für deutsche Kulturbeziehungen im Ausland" nach Deutschland und lernen Deutsch als erste Fremdsprache. Der Aufenthalt soll vier bis zehn Wochen dauern.

Gastfamilien entstehen außer Kost und Logis keine weiteren Kosten. Für die Kinder der Gastfamilien ist ein Gegenbesuch im Sommer des Folgejahres möglich. Doch auch interessierte Familien ohne Kinder oder Wunsch eines Gegenbesuchs sind herzlich willkommen. Alles Wissenswerte gibt es unter www.vda-kultur.de.

DAS WAHLKREISBÜRO AMMERLAND von Stephan Albani finden Sie am Langenhof 2, 26160 Bad Zwischenahn. Es ist dienstags und donnerstags von 9.30-12.30 Uhr sowie 14-17 Uhr besetzt. Telefon: 04403-816970

OLDENBURG

MUSEUM: 8,5 MILLIONEN EURO VOM BUND

Gute Nachrichten für das Oldenburger Stadtmuseum: Vorbehaltlich der Entscheidung des Deutschen Bundestages kann das über 100-jährige Traditionshaus mit einer stattlichen Finanzspritze aus Berlin rechnen. Bundestagsabgeordneter Stephan Albani zu den guten Aussichten: „Das Konzept der Stadt Oldenburg für die Zukunft ihres zentralen Museums hat die Kolleginnen und Kollegen im Haushaltsausschuss des Bundestages überzeugt.

Der Zuschuss von 8,5 Millionen Euro aus Bundesmitteln ist der entscheidende Baustein für die Gesamtfinanzierung, über die wir am 22. Mai bei Oberbürgermeister Jürgen Krogmann im Rathaus gesprochen haben. Ich habe mich intensiv mit meinen CDU-Kolleginnen und -Kollegen im Haushaltsausschuss zu dem Vorhaben ausgetauscht. Trotz guter Haushaltslage im Bund war es nicht so, dass die positive Entscheidung für diese hohe Summe ein Selbstläufer gewesen wäre mit Blick auf die vielen Wünsche, die an den Kulturhaushalt des Bundes gerichtet sind. Allen Beteiligten gilt großer Dank.“

Das museale Großprojekt der Stadt Oldenburg sieht eine Erweiterung und Modernisierung des Stadtmuseums vor und bezieht dabei das Horst-Janssen-Museum ein wie auch die Keimzellen des musealen Standorts, die historischen Villen. Hervorgegangen war das Museum 1915 aus der Stiftung des Oldenburger Kunstsammlers Theodor Francksen. Der Millionen-Zuschuss für die kommende Modernisierung und Erweiterung stammt aus dem Haushalt der Beauftragten für Kultur und Medien im Kanzleramt, Prof. Dr. Monika Grütters (CDU).

WENIG BEKANNT

Die stadtgeschichtlichen Schätze in den Villen hinter dem Hauptkomplex der städtischen Museen sollen stärker im Bewusstsein der Bürgerinnen und Bürger verankert werden. Das Haus soll sich derart zum zentralen Begegnungsort der Stadtgesellschaft entwickeln können; eine Stätte, an der lebendig über Kunst & Kultur, Geschichte, Demokratie und Verantwortung gesprochen und diskutiert wird.

BÜRGERSPRECHSTUNDE IN OLDENBURG

Meine nächste Bürgersprechstunde im Wahlkreisbüro Oldenburg findet am Vormittag des 5. September, Unterm Berg 20, 26123 Oldenburg, statt. Anmeldungen richten Sie bitte per E-Mail an info@stephan-albani.de oder telefonisch an die Nummer 0441-99867660.

OLDENBURG IST ELDORADO FÜR GRÜNDER

Ob man in die *Süddeutsche Zeitung* blickt oder ins Fachmagazin *Gründerszene*: Oldenburg genießt einen hervorragenden Ruf als Basis für Start-ups.
Auch der *Startup-Monitor 2017* der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft KPMG sieht Oldenburg zusammen mit Hannover gleichauf mit München: Sechs Prozent aller bundesweit befragten Start-ups haben hier ihren Hauptsitz.

DAS WAHLKREISBÜRO OLDENBURG von Stephan Albani finden Sie an der Straße Unterm Berg 20, 26123 Oldenburg. Es ist montags, mittwochs und freitags von 9.30-12.30 Uhr sowie 14-17 Uhr besetzt. Telefon: 0441-99867660

BERLIN

Von links: Yvonne Magwas MdB (CDU), Christina Mersch (DIHK-Bereichsleiterin Ausbildung), Dr. Oliver Heikhaus (DIHK-Bereichsleiter Weiterbildung) und Markus Kiss (DIHK-Referatsleiter Ausbildungspolitik und -projekte) tauschten sich im Berliner Büro von Stephan Albani (rechts) zur Beruflichen Bildung aus.

BERUFLICHE BILDUNG: CHANCEN FÜR DEN NACHWUCHS

Die Chancen junger Menschen auf einen Ausbildungsplatz sind besser denn je. Schließlich verzeichnet Deutschland den höchsten Beschäftigungsstand seit der Wiedervereinigung und die Wirtschaft wächst kontinuierlich.

Trotzdem haben bundesweit fast 24.000 Jugendliche zum Zeitpunkt der Sommerferien noch keinen Ausbildungsplatz gefunden, das betrifft auch das Ammerland und Oldenburg. Andererseits haben bundesweit rund ein Drittel der Betriebe vielfach Probleme, qualifizierten Nachwuchs zu finden. Oft sind sogenannte Passungsprobleme der Grund.

Als Bildungs- und Arbeitsmarktpolitiker möchte ich den Ursachen auf den Grund gehen und Lösungen für junge Menschen im Wahlkreis erarbeiten. Dazu treffe ich mich in Berlin regelmäßig mit Spitzenorganisationen der Beruflichen Bildung, beispielsweise wie hier mit Fachleuchten vom Deutschen Industrie- und Handelskammertag (DIHK). Für den regelmäßigen Fachaustausch in Berlin sind die persönlichen Erfahrungen und Anregungen der Bürgerinnen und Bürger sowie Betriebe aus dem Ammerland und Oldenburg von allerhöchstem Wert.

Rufen oder schreiben Sie mich dazu bitte an! Meine Kontaktdaten finden Sie hier auf diesen Seiten. Oder berichten Sie mir in meinen Bürgersprechstunden. Die nächsten Termine finden am 5. September in Oldenburg sowie am 30. Oktober in Bad Zwischenahn statt. Meine Mitarbeiter besprechen gerne den konkreten Termin mit Ihnen.

Bürgersprechstunden

5. September

30. Oktober

OLDENBURGER BEI "JUGEND IM PARLAMENT"

Die Amtszeit des 19-jährigen Oldenburgers Justus Koenig in Berlin war kurz, aber intensiv: Vier Tage nach der Parlamentsgründung löste er als Vorsitzender die Fraktion der *Gerechtigkeitspartei* wieder auf. Der Grund: Die diesjährige Ausgabe der Bundestagssimulation „Jugend und Parlament" war zu Ende. An dem Programm nahm Justus auf meine Einladung hin teil.

Die Qualitäten des Nordwestens wusste man wohl zu schätzen und übertrug ihm die Leitung einer fiktiven Parlamentsfraktion. Im Vorfeld meiner echten Fraktionssitzung berichtete Justus von einer spannenden, aber auch anstrengenden Zeit. So standen die heiß debattierte Einführung eines Kaffeebecherpfands auf der Tagesordnung des fiktiven Jugendbundestages, direktdemokratische Reformen sowie eine EU-Militäroperation.

Die parlamentarische Arbeit entsprach mit Fraktionsgremien, Landesgruppen und Ausschüssen dem Original. Auch der Plenarsaal durfte genutzt werden – ein ganz besonderer Einblick in die politische Herzkammer Deutschlands!

BEI FRAGEN, die Sie per E-Mail an mich richten wollen, schicken Sie Ihre Nachricht für Berliner Themen am besten an stephan.albani@bundestag.de oder – wenn es Themen im Ammerland oder Oldenburg betrifft – an info@stephan-albani.de.

MEINE POSITION

MEHR GELD FÜR DIE PARTEIEN? WOZU?

Die Erhöhung der staatlichen Parteienfinanzierung hat bei nicht wenigen Bürgerinnen und Bürgern zu Fragen geführt. Das ist nachvollziehbar. Auch ich selbst hatte zunächst Vorbehalte und habe mich kritisch in die Vorbereitungen zum Gesetzesentwurf eingebracht und erst der endgültigen Fassung zugestimmt. Meine Position dazu ist folgende:

Seit der letzten Erhöhung der Parteienfinanzierung vor rund sieben Jahren haben sich die Bedingungen für Politikerinnen und Politiker stark verändert: Einerseits wird vielerorts nachgedacht, wie der Austausch zwischen Bürgern, Einrichtungen der Zivilgesellschaft, Kommunen und Landesbehörden intensiviert, direkter gestaltet und auch verbessert werden kann – etwa durch Bürgerforen, digitale Austausch-Plattformen und Beteiligungsverfahren der öffentlichen Hand, die aus Mitteln der öffentlichen Verwaltungen, also aus Steuergeldern bezahlt werden. Das ist gut so und muss so bleiben.

Zugleich überholt uns aber die Digitalisierung im Bereich der Sozialen Medien, auch die Parteien in ihrer grundgesetzlich verankerten Aufgabe, beim politischen Willensbildungsprozess der Bevölkerung mitzuwirken.

Nun wurde und wird häufig eingewendet, die Digitalisierung an sich reduziere doch unterm Strich die Kosten auch bei den Parteien, etwa durch rationellere Verfahren der Kommunikation. Wozu also mehr Geld vom Staat? Dem stimme ich auf der einen Seite zu, wenn es um die rein technischen Aspekte geht, angefangen bei schnellerer Verarbeitung von Daten bis hin zu Einsparungen von Räumen, Dienstleistungen und auch von Personal in administrativen Bereichen.

Indes stehen dem deutlich höhere Kosten in einem anderen, sehr relevanten Bereich gegenüber: dem der persönlichen Kommunikation, insbesondere in den Sozialen Medien. Denn anders als beim konventionellen, früheren Austausch per Brief, findet Kommunikation in den Sozialen Medien auf völlig andere und erheblich personalintensivere Art und Weise statt. Dies wird mir auf besonders eklatante Weise deutlich, wenn ich mich mit Partei-Vertretern und Abgeordneten bespreche, deren Aufgabe oder Mandat Ende der 2000er Anfang der 2010er Jahre endete.

Durch die Sozialen Medien haben wir einen deutlichen Schritt in Richtung einer barriere-ärmeren Kommunikation zwischen Bürgern und Politik vollzogen. Das ist von vielen so gewünscht. Gewollt ist es auch, auf die interaktiv gestellte und mit Kommentaren Dritter und Vierter versehenen Antworten auch eine individuelle, würdigende Antwort zu erhalten, keine Standardsätze aus dem Parteiprogramm. Und genau das erfordert qualifiziertes Personal, das auch ordentlich bezahlt werden muss.

Deswegen habe ich der Erhöhung zugestimmt, weil die zusätzlichen Steuermittel (so steht es in der Neufassung der Gesetzesnovelle) genau dafür ausgegeben werden sollen.

Ich hoffe, ich konnte Ihnen meine Position zu diesem nicht einfachen Thema hiermit etwas näherbringen!

Ihr Stephan Albani

FOTONACHWEISE: (c) Deutscher Bundestag / Arndt Oehmichen. Foto S. 1: (c) Dieter Helms. Foto S. 2: (c) Pixabay / Anne Verschraagen. Foto S. 4: (c) Stadtmuseum / Stephan Meyer-Bergfeld